



September 2007

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND September 2007

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte (700 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.500 Befragte (1098 West / 402 Ost)	
Erhebungszeitraum:	03. bis 04. September 2007 Sonntagsfrage: 03. bis 05. September 2007	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, September 2007
42.80.55291

Analyse

ARD-DeutschlandTREND September 2007

Die Zufriedenheit der Bundesbürger mit den beiden Koalitionsparteien fällt derzeit erkennbar unterschiedlich aus. Zwar gelingt es keiner der beiden Koalitionäre eine Mehrheit der Bundesbürger mit ihrer Regierungsarbeit zu überzeugen, jedoch erzielt die Union höhere Zustimmungswerte als die SPD. Der vergleichsweise größere Rückhalt der Union in der Bevölkerung spiegelt sich weiterhin auch in der Bevorzugung von Angela Merkel im Amt des Bundeskanzlers. Während die Bundeskanzlerin bei der Direktwahlfrage so viel Unterstützung erfährt wie nie zuvor, ist die Zustimmung für einen SPD-Kanzler Beck auf einen neuen Tiefstand gesunken.

Die seit längerem erhobene Forderung nach einer Anhebung der Hartz IV-Sätze kann in der Bevölkerung auf eine prinzipiell große Unterstützung setzen. Nur 29 Prozent der Bundesbürger halten die derzeitigen Zahlungen für Hartz IV-Empfänger für angemessen, jeder Zweite dagegen betrachtet sie als zu niedrig.

Die nicht zuletzt von der demografischen Entwicklung aufgeworfene Frage nach der künftigen Finanzierung der Altenpflege wird von den Bundesbürgern kontrovers diskutiert. 44 Prozent sprechen sich dafür aus, Mehrkosten innerhalb der Pflegeversicherung durch die Anhebung der Beiträge aufzufangen. Ebenso viele plädieren für eine verstärkte Eigenverantwortung. Erleichterungen wie die jüngst von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt vorgeschlagene Pflegezeit werden dagegen von den Bundesbürgern mehrheitlich begrüßt.

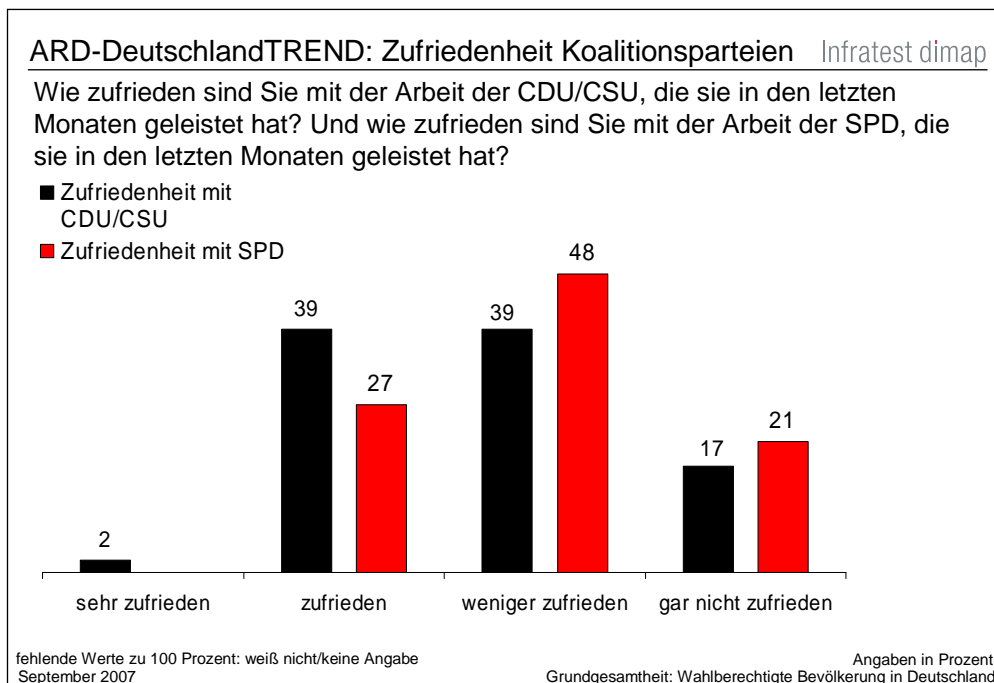
Die von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble für die Terror- und Kriminalitätsbekämpfung ins Gespräch gebrachte Möglichkeit, Privat-Computer von Verdächtigen ohne deren Wissen überwachen zu lassen, teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Lager. Die eine Hälfte spricht sich für derartige Online-Durchsuchungen aus, für die andere greifen diese bereits zu weit in die geschützte Privatsphäre ein.

Das größere Ansehen der Union in der Bevölkerung bei gleichzeitig hoher Reputation der Bundeskanzlerin findet in der politischen Stimmung ihren Niederschlag. Bei einer Bundestagswahl käme die CDU/CSU aktuell auf einen Stimmenanteil 39 Prozent, die SPD würde 27 Prozent erzielen. Während die Union gegenüber dem Vormonat 1 Punkt zulegt, gibt die SPD 1 Punkt ab. Bei den Oppositionsparteien im Bundestag gibt es insgesamt nur wenig Bewegung. Grüne und FDP würden wie im Vormonat 11 Prozent bzw. 9 Prozent erreichen. Die Linke muss ein leichtes Minus hinnehmen, sie käme auf 10 Prozent.

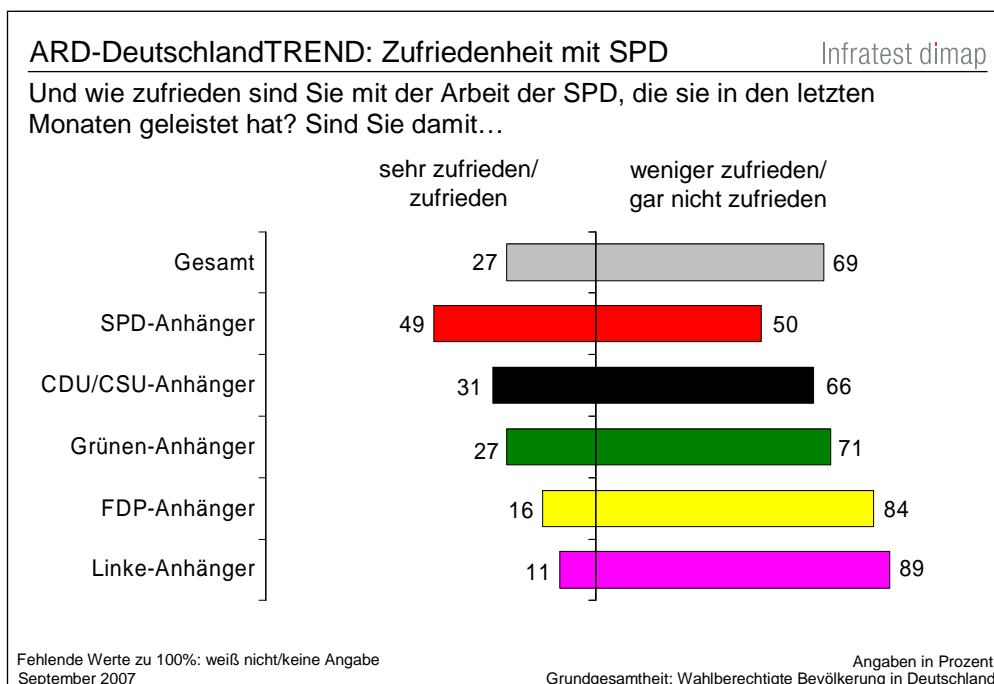
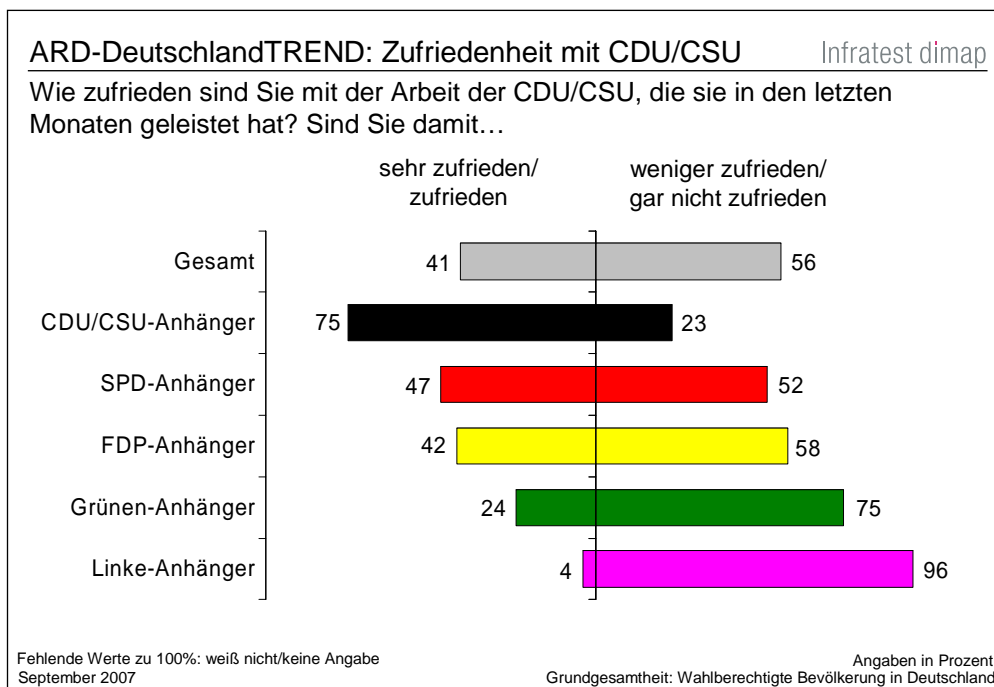
Das sind die wichtigsten Ergebnisse des DeutschlandTREND vom September, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sieben Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 03. bis 04. September 1.000, für die Sonntagsfrage vom 03. bis 05. September 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Zufriedenheit mit Regierungsparteien: Union überzeugt eher als SPD

Die Zufriedenheit der Bundesbürger mit den beiden Koalitionsparteien fällt knapp zwei Jahre nach dem Start der großen Koalition unterschiedlich aus. Zwar gelingt es derzeit keiner der beiden Koalitionäre eine Mehrheit der Bundesbürger mit ihrer Regierungsarbeit zu überzeugen, jedoch erzielt die Union höhere Zustimmungswerte als die SPD. Mit den in den letzten Monat gezeigten Leistungen der CDU/CSU sind 41 Prozent der Wahlberechtigten sehr zufrieden bzw. zufrieden, 56 Prozent sind weniger oder gar nicht zufrieden. Demgegenüber kommen mit Blick auf die Regierungsarbeit der SPD nur drei von zehn Bundesbürgern (27 Prozent) derzeit zu einem positiven Urteil, sieben von zehn (69 Prozent) stellen dagegen den Sozialdemokraten in Berlin ein negatives Zeugnis aus.

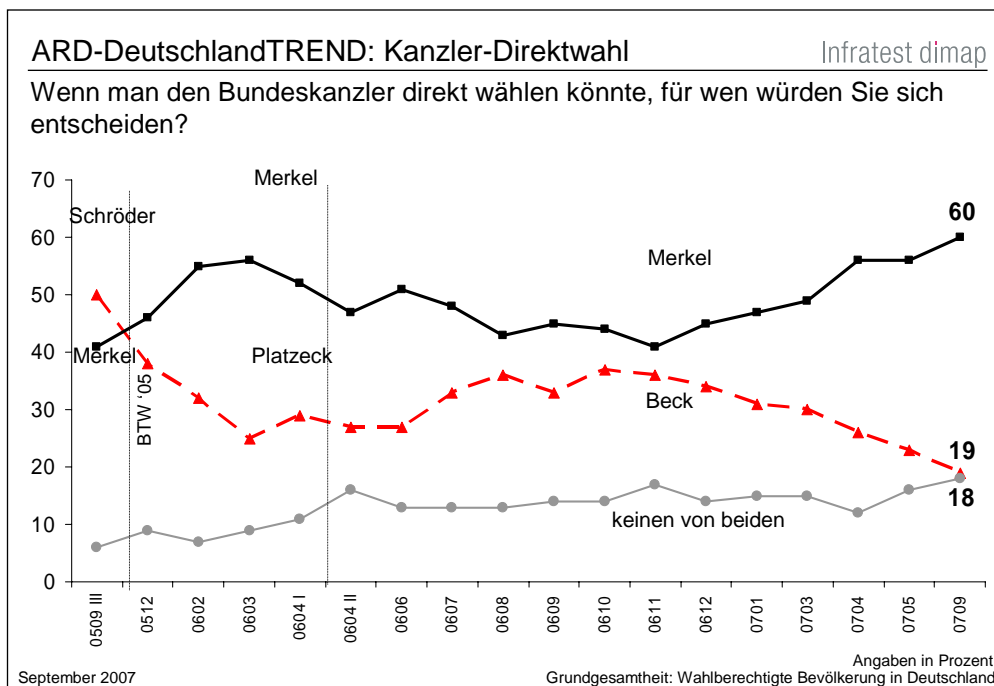


Deutlich unterschiedlich fällt auch das Urteil der jeweils eigenen Anhängerschaft aus. Während die Regierungsarbeit der CDU/CSU unter drei von vier Unions-Anhängern (75 Prozent) Anerkennung findet, überzeugt die SPD derzeit nur die Hälfte der eigenen Wähler (49 Prozent). Die FDP-Anhänger sind mit der Union deutlich zufriedener als mit der SPD. Grünen- und Linke-Wähler bewerten dagegen die SPD nur etwas besser als die CDU/CSU. Allerdings überwiegt insgesamt in den Reihen aller drei Oppositionsparteien die Kritik an beiden Koalitionspartnern.



Direktwahl: Merkel vergrößert Vorsprung auf Beck

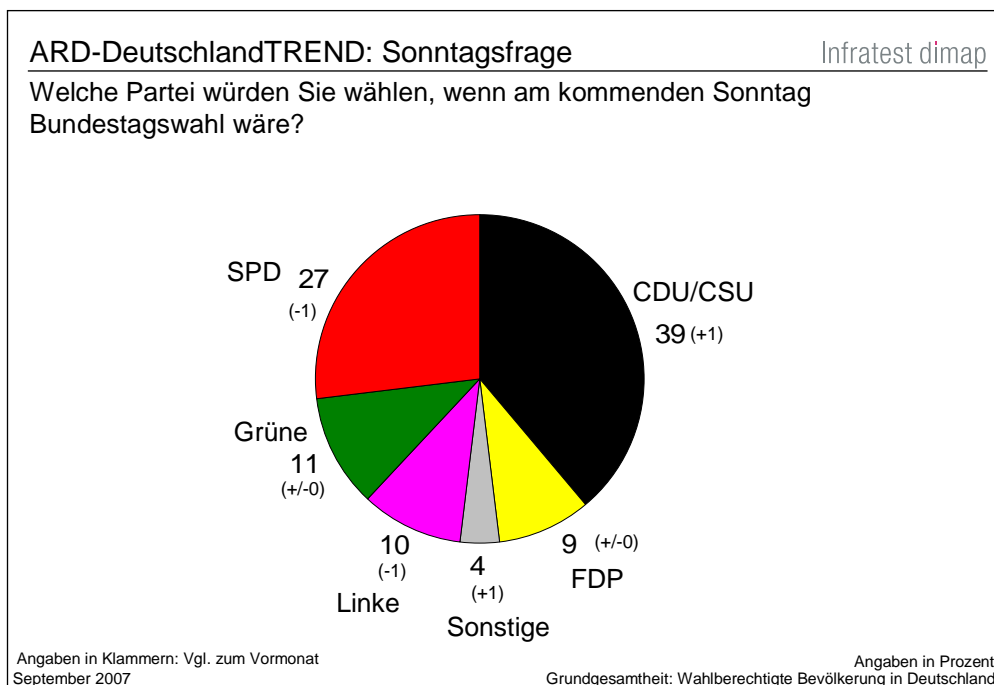
Der größere Rückhalt der Union in der Bevölkerung spiegelt sich nicht nur in der Bewertung der Regierungsarbeit, sondern weiterhin auch in der Bevorzugung von Angela Merkel im Amt des Bundeskanzlers. Bei einer Direktwahl würden sich 60 Prozent der Bundesbürger für die CDU-Vorsitzende, 19 Prozent für den SPD-Vorsitzenden Kurt Beck entscheiden, knapp jeder fünfte Bundesbürger (18 Prozent) überzeugt derzeit weder Merkel noch Beck. Während die Bundeskanzlerin so viel Unterstützung erfährt wie nie zuvor, ist die Zustimmung für einen SPD-Kanzler Beck auf einen neuen Tiefstand gesunken.



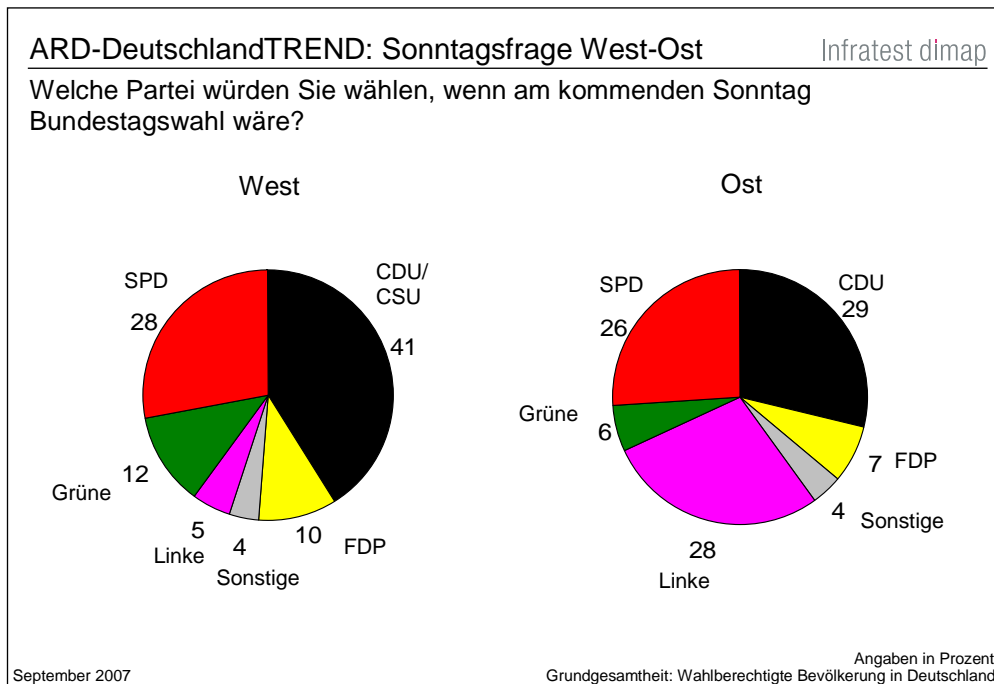
Neben den Unions-Anhängern (94:3) ziehen auch FDP- (62:19) und Grünen-Wähler (55:21) Merkel dem SPD-Vorsitzenden mehrheitlich vor. Von den SPD-Anhängern würden sich nur knapp vier von zehn (37 Prozent) für Kurt Beck entschieden, fast jeder Zweite (47 Prozent) aber gäbe sein Votum zugunsten der CDU-Chefin ab. Selbst in den Reihen der Linken findet Merkel derzeit mehr Unterstützung als Beck (31:17), allerdings ist hier das Gros weder von der Kanzlerin noch vom SPD-Vorsitzenden überzeugt.

Sonntagsfrage: Union setzt sich von SPD ab

Das größere Ansehen der Union in der Bevölkerung bei gleichzeitig hoher Reputation der Bundeskanzlerin findet in der derzeitigen politischen Stimmung ihren Niederschlag. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU auf einen Stimmenanteil 39 Prozent, die SPD würde 27 Prozent erzielen, der niedrigste Wert seit Juli 2005. Während die Union gegenüber dem Vormonat 1 Punkt zulegt, gibt die SPD 1 Punkt ab. Bei den Oppositionsparteien im Bundestag gibt es insgesamt nur wenig Bewegung. Grüne und FDP würden wie im Vormonat 11 Prozent bzw. 9 Prozent erreichen. Die Linke muss ein leichtes Minus hinnehmen, sie käme auf 10 Prozent. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 4 Prozent (+1) erreichen.



Die Zuwächse der Union konzentrieren sich auf die alten Bundesländer. Hier legt sie 2 Punkte zu und käme auf einen Stimmenanteil von 41 Prozent. Die SPD gibt gegenüber dem Vormonat 1 Punkt ab und würde 28 Prozent erzielen. Während Grüne und FDP unverändert bei 12 bzw. 10 Prozent liegen, verliert die Linke 2 Punkte. Sie könnte in den alten Bundesländern mit 5 Prozent Stimmenanteil rechnen.

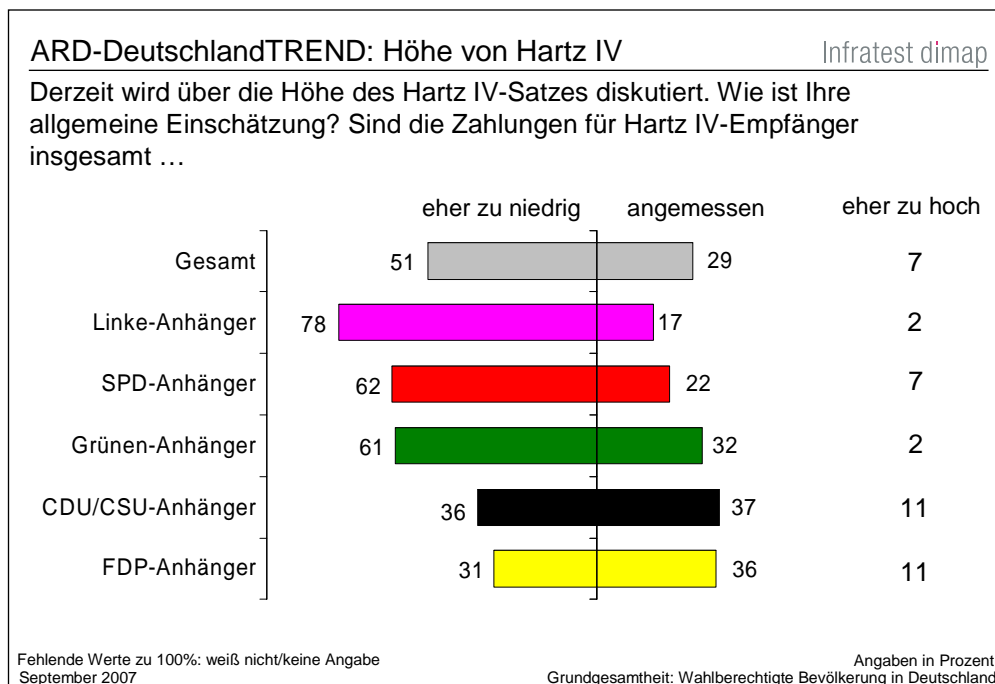


Die Veränderungen in den neuen Bundesländern entsprechen denen in den alten nur zum Teil. So verliert die CDU gegen den bundesweiten Trend im Osten 2 Punkte, während die SPD 2 Punkte zulegt. Die Union kann damit in den neuen Bundesländern mit einem Stimmenanteil von 29 Prozent, die SPD von 26 Prozent rechnen. Die Linke gibt 1 Punkt ab und hätte 28 Prozent in Aussicht. Während die Grünen 1 Punkt verlieren und einen Stimmenanteil von 6 Prozent erzielen würden, verbessert sich die FDP im gleichen Umfang, sie käme damit auf 7 Prozent.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

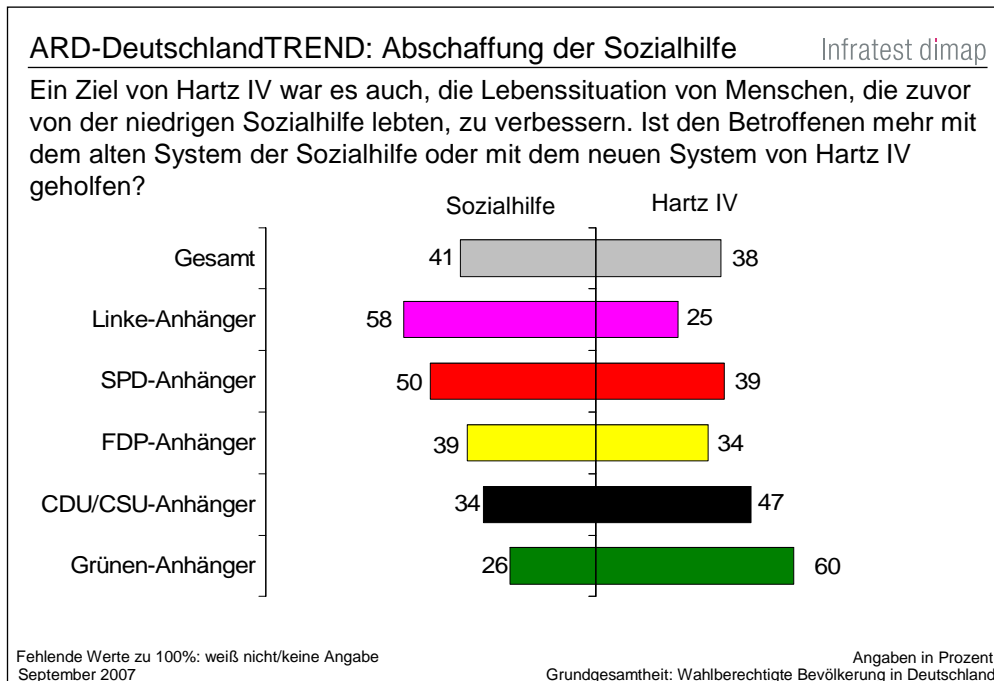
Jeder zweite Bundesbürger betrachtet Zahlungen für Hartz IV-Empfänger als zu niedrig

Die seit längerem von Gewerkschaften und Sozialverbänden erhobene Forderung nach einer Anhebung der Hartz IV-Sätze, zuletzt angestoßen durch Preissteigerungen im Lebensmittelbereich, kann in der Bevölkerung auf eine prinzipiell große Unterstützung setzen. Nur 29 Prozent der Bundesbürger hält die derzeitigen Zahlungen für Hartz IV-Empfänger für angemessen, jeder Zweite (51 Prozent) dagegen betrachtet sie als zu niedrig. Kaum jemand (7 Prozent) glaubt, Hartz IV-Empfänger seien insgesamt überversorgt.



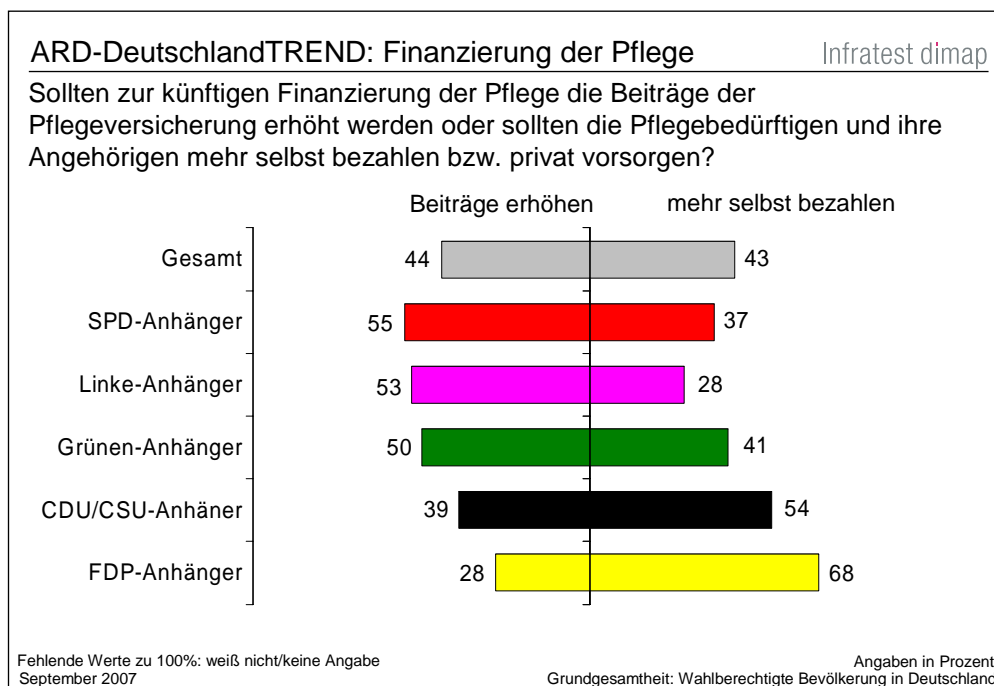
Von zu niedrigen Zahlungen gehen mehrheitlich die Anhänger von SPD (62 Prozent), Grünen (61 Prozent), insbesondere aber der Linkspartei (78 Prozent) aus. In den Reihen von CDU und FDP besteht dagegen ein äußerst uneinheitliches Stimmungsbild. Die Arbeitslosen als letzte Bezieher entsprechender Unterstützungsleistungen beklagen fast einheitlich (89 Prozent) ein zu niedriges Niveau.

Das insgesamt negative Image von Hartz IV prägt die Sicht auch auf solche Maßnahmen wie die Abschaffung der niedrigeren Sozialhilfe. Vier von zehn Bundesbürgern (41 Prozent) glauben, dass den Betroffenen mit dem alten System der Sozialhilfe besser geholfen war. Etwa ebenso viele (38 Prozent) vertreten dagegen die Meinung, die Zusammenlegung der Systeme von Sozial- und Arbeitslosenhilfe habe Menschen, die zuvor von der Sozialhilfe leben mussten, tatsächlich verbessert.

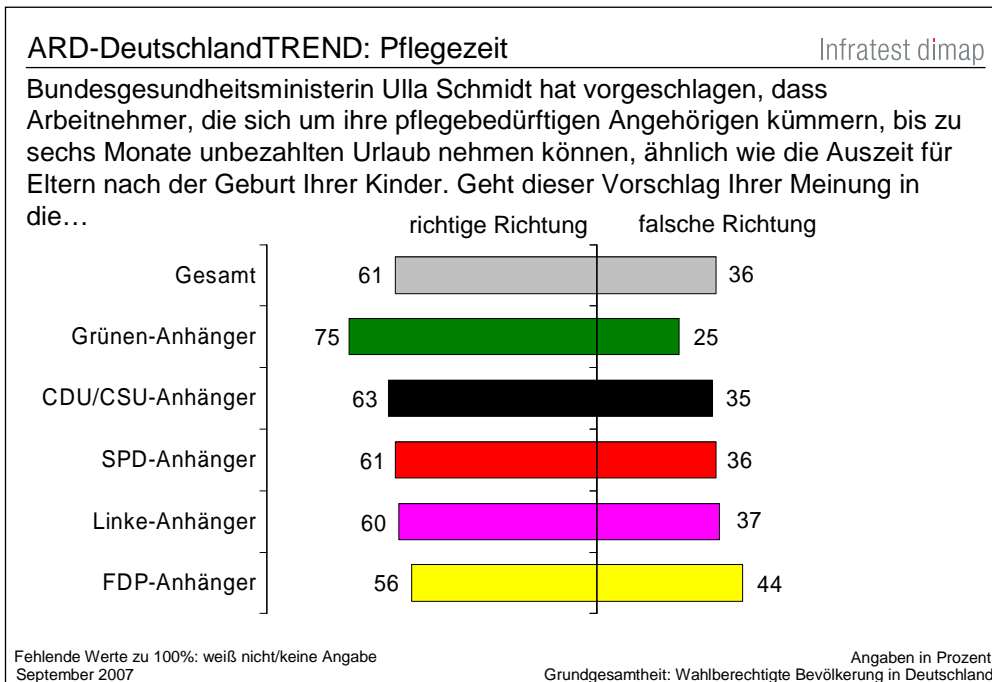


Bundesbürger uneins über künftige Finanzierung der Pflege

Die nicht zuletzt von der demografischen Entwicklung aufgeworfene Frage nach der künftigen Finanzierung der Altenpflege wird von den Bundesbürgern kontrovers diskutiert. 44 Prozent sprechen sich dafür aus, Mehrkosten innerhalb der Pflegeversicherung durch die Anhebung der Beiträge aufzufangen. 43 Prozent plädieren stattdessen für eine verstärkte Eigenverantwortung, bei der die Inanspruchnahme von Pflegeleistungen zu einem höheren Teil selbst bzw. durch die Angehörigen getragen wird.



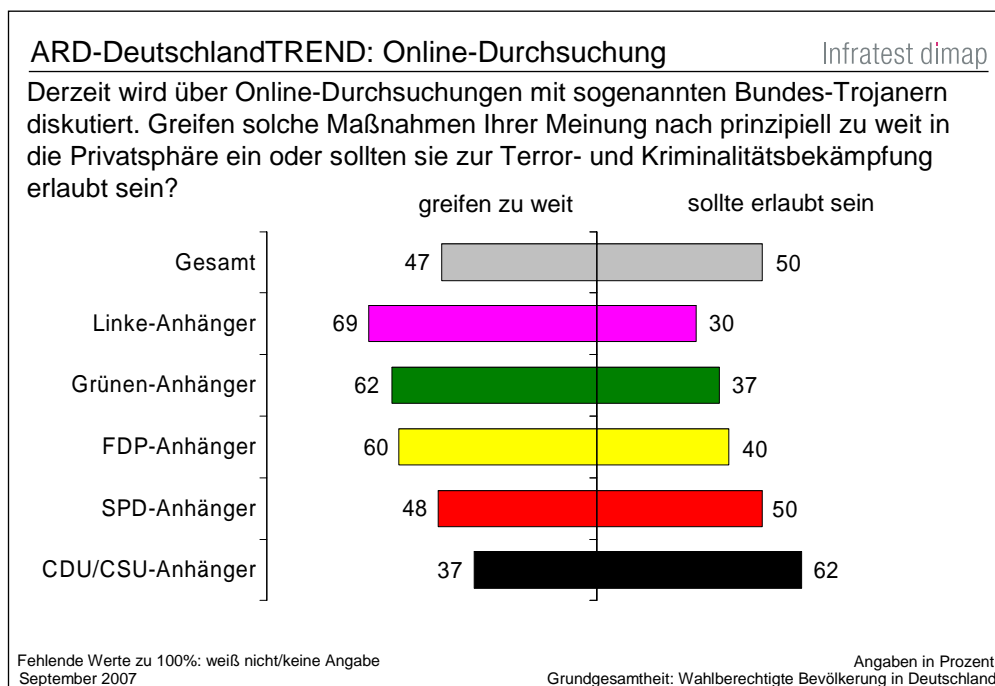
Während sich die Wähler der Union (54:39 Prozent), mehr noch der FDP (68:28 Prozent) zugunsten höherer Eigenleistungen aussprechen, geben die Anhänger von SPD (55:37 Prozent), Grünen (50:41 Prozent) und Linkspartei (53:28 Prozent) einer Beitragserhöhung den Vorzug.



So kontrovers die Finanzierung der künftigen Alterspflege durch die Bundesbürger diskutiert wird, Erleichterungen wie die jüngst von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt vorgeschlagene Pflegezeit werden von ihnen mehrheitlich begrüßt. Die Möglichkeit eines sechsmonatigen unbezahlten Urlaubs zur Pflege eigener Angehöriger weist nach Ansicht von 61 Prozent der Bundesbürger prinzipiell in die richtige Richtung, nur ein gutes Drittel (36 Prozent) hält die Idee grundsätzlich für falsch.

Möglichkeit von Online-Durchsuchungen polarisiert

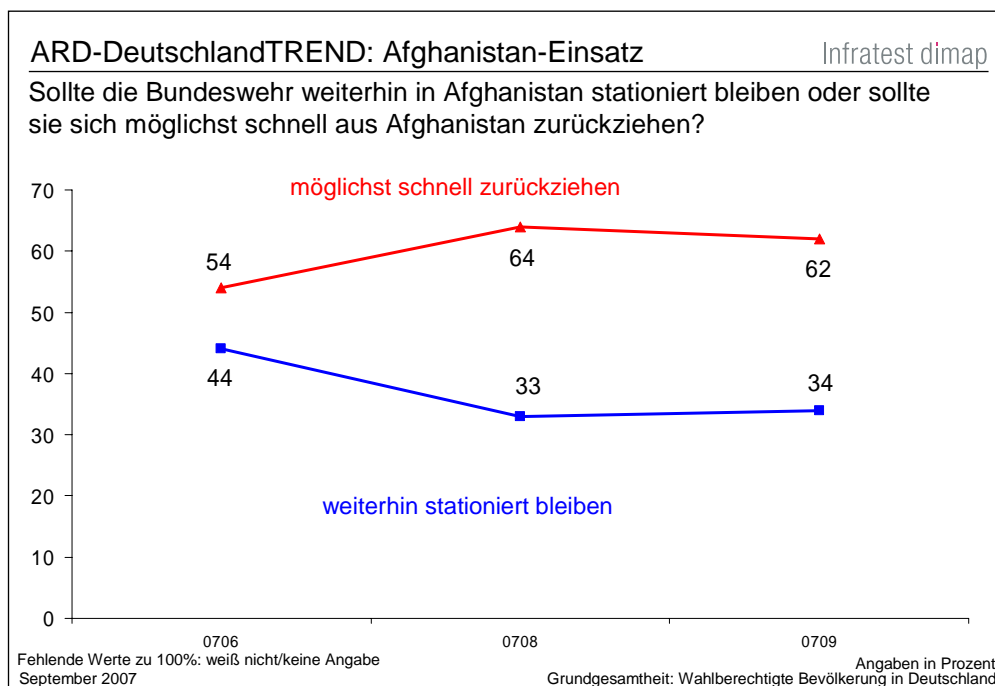
Die von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble für die Terror- und Kriminalitätsbekämpfung ins Gespräch gebrachte Möglichkeit, Privat-Computer von Verdächtigen ohne deren Wissen online überwachen zu lassen, teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Lager. Für eine Erlaubnis dieser Fahndungsmethode sprechen sich 50 Prozent aus, für 47 Prozent greifen Online-Durchsuchungen dagegen zu weit in die grundgesetzlich geschützte Privatsphäre ein.



Mehrheitliche Unterstützung findet der Bundesinnenminister mit seinen Plänen allein in den eigenen Reihen. Die Anhänger der drei Oppositionsparteien im Bundestag lehnen sie überwiegend ab. In den Reihen der SPD ist die Frage genau so umstritten wie in der Bevölkerung insgesamt.

Afghanistan: Stabile Mehrheit für möglichst schnellen Abzug der Bundeswehr

Im November entscheidet der Bundestag über die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Die Ablehnung des militärischen Engagements Deutschlands durch die Bundesbürger besteht unverändert. Ähnlich wie im Vormonat sprechen sich auch im September sechs von zehn (62 Prozent) für einen möglichst schnellen Rückzug aus, nur ein Drittel (34 Prozent) plädiert für die fortgesetzte Stationierung deutscher Truppen am Hindukusch.



Während die Anhänger der bürgerlichen Parteien in der Mandatsfrage unentschieden sind, wird die Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes in den Reihen von SPD, Grünen, vor allem aber der Linkspartei mehrheitlich abgelehnt.